



II-6986 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

DR. FRANZ LÖSCHNAK
BUNDESMINISTER FÜR INNERES

Zl. 6.399/334 - II/C/92

Wien, am 8. August 1992

An den
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER

Parlament
1017 Wien

3105 IAB
1992 -08- 11
zu 3191/J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Dr. Madeleine PETROVIC und FreundInnen haben am 26. Juni 1992 unter der Nr. 3191 /J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "Aufklärungswürdige Parallelitäten im Behördenverhalten bei Maßnahmen gegen TierversuchsgegnerInnen" gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- " 1. Werden Veranstaltungen, Kundgebungen und Informationsmaterial von TierversuchsgegnerInnen staatspolizeilich beobachtet? Wenn ja, in welchem Umfang und mit welcher Intensität? Wenn nein, wie beurteilen Sie die in dem Zeitungsartikel geschilderten ausländischen Praktiken?
2. Existiert in der staatspolizeilichen Akte der fragestellenden Abgeordneten ein Hinweis auf ihre Aktivitäten als Tierversuchsgegnerin? Wenn ja, inwiefern erachten Sie diese Tätigkeit als staatsgefährdend?
3. Welche staatspolizeilichen Beobachtungen existieren über den Internationalen Bund der Tierversuchsgegner bzw. über die Bundeszentrale der Tierversuchsgegner Österreichs?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Veranstaltungen und Kundgebungen sowie Informationsmaterial von TierversuchsgegnerInnen werden staatspolizeilich nicht beobachtet.

Zu dem der Anfrage beigelegten Zeitungsartikel über die Situation in den USA kann keine Stellungnahme abgegeben werden.

./2

- 2 -

Zu Frage 2:

Es existieren keine staatspolizeilichen Vormerkungen über die Aktivitäten der fragestellenden Abgeordneten als Tierversuchsgegnerin.

Zu Frage 3:

Es existieren keine staatspolizeilichen Vormerkungen über den Internationalen Bund der Tierversuchsgegner bzw. die Bundeszentrale der Tierversuchsgegner.

F8047 bkn